

## «Die Doha-Runde ist meiner Meinung nach gescheitert»

Interview mit Hansjörg Walter, Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes



Nationalrat Hansjörg Walter (Bild zvg)

**Zeit-Fragen:** Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Sondersession zur Landwirtschaft?

Nationalrat Hansjörg Walter: Es gab verschiedene Vorstösse, insgesamt über 40, jedoch kamen nur 26 zur Abstimmung. Der Bundesrat hat alle Vorstösse abgelehnt, und dennoch sind 15 vom Parlament angenommen worden. Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber dem Bundesrat. Der Agrarfreihandel mit der EU ist im Nationalrat nicht unbestritten. Die vielen ablehnenden Stimmen zeigen das.

**Verschiedenes, was vom Nationalrat angenommen wurde, wirkt wie flankierende Massnahmen zu den Freihandelsverträgen,**

*genügt das, oder braucht es nicht etwas Grundsätzliches?*

Es hat Abstimmungen gegeben, die den Lebensmittelsektor bei der WTO ausschliessen möchten, und das ist durchgekommen. Aber da müssen wir realistisch bleiben, die Schweiz hat bei der WTO eine unbedeutende Stimme. Und trotzdem ist es ein deutliches Signal dafür, dass die Ernährungssouveränität und der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz hochgehalten werden. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass die Nahrungsmittelversorgungssicherheit auch für die Entwicklungsländer von grosser Bedeutung ist.

**Wie müsste denn die Landwirtschaft der Zukunft aussehen?**

Wichtig ist, dass die Landwirtschaft für den regionalen und nationalen Markt produziert. Unnötige Nahrungsmittelimporte machen keinen Sinn. Es braucht sicher einen gewissen Agrarhandel. Die Bauern dürfen nicht die Verlierer und die Agrarhandelsfirmen, die global agieren, die Gewinner sein.

**Sie haben gesagt, die Bauern dürfen nicht die Verlierer sein, gleichzeitig stellen wir einen Einkommensrückgang bei den Landwirten fest. Wie kann das verhindert werden?**

In der Schweiz haben wir einen nominalen Rückgang im Vergleich zu den übrigen Beschäftigten. Sonst sind die Einkommen relativ stabil geblieben. Aber die Schere gegenüber einem vergleichbaren Arbeitsverdienst öffnet sich weiter.

Als selbständige Unternehmer sind die Bauern gefordert, ihr Produktionspotential auszubauen und die Betriebsabläufe zu optimieren. Weiterbildung ist unumgänglich.

**Welche Folgen hat das WTO-Abkommen, welche das EU-Freihandelsabkommen auf die Schweizer Landwirtschaft?**



Rein kalkulatorisch wäre ein WTO-Abschluss unter heutigen Voraussetzungen gravierender als ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Aber es ist natürlich auch eine Frage, wie sich die Weltmarktpreise entwickeln. Zudem war bei der letzten Verhandlungsrunde (Uruguay-Runde) der Importdruck nicht so hoch, wie ursprünglich befürchtet wurde. Bei einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU gibt es eine vollständige Grenzöffnung, also keine Grenzen mehr, und da würden wir na-

türlich auch sehr stark unter den EU-Agrarüberschüssen leiden. Die Schweiz wäre für die EU-Agrarüberschüsse mit der Kaufkraft gut geeignet. Unsere Landwirtschaft würde gleich wie die europäische Landwirtschaft in den Ruin gerissen.

Unsere Produktionskosten werden im internationalen Vergleich auch in Zukunft hoch bleiben, weil wir in der Schweiz höhere

Fortsetzung auf Seite 7

### «Schweiz natürlich!»

Fortsetzung von Seite 5

der natürlichen Lebensbedingungen propagiert. Und wenn in unseren Breitengraden der Boden, die landwirtschaftlichen Nutzflächen zerstört sind, kann man ja immer noch auf die Entwicklungsländer zurückgreifen. Die im Süden sollen unsere Nahrungsmittel produzieren oder ihr Land an reiche Investoren verkaufen.

Doch im Gegensatz zu Geld setzt die Natur Grenzen und lässt sich nicht beliebig vermehren. Der zerstörerischen Vernichtungswirtschaft in den westlichen Industrieländern muss Einhalt geboten werden. Das quantitative Wachstum auf Kosten der südlichen Halbkugel ist nicht mehr zukunftsfähig. Die immer noch uneinsichtigen Anbieter einer Wachstumswirtschaft sind mit den Realitäten ihrer Irreführung zu konfrontieren und endlich in die Schranken zu weisen. Es braucht einen Paradigmenwechsel. Dabei steht die Akzeptanz der durch die Natur gesetzten Grenzen, der sorgfältige und bewusste Umgang mit den natürlichen Ressourcen im eigenen Einflussbereich absolut im Vordergrund. Statt Verschieben, Auslagern oder Vertuschen ist Eigenleistung, Eigenverantwortung, Verzicht und Transparenz gefragt.

#### Swissness natürlich

Es hat lange gedauert, bis es allen in der Schweiz klar wurde, dass die Pflege der Böden und die Sorgfalt im Umgang mit Düngemitteln, Herbiziden und Pestiziden nun Früchte trägt. Die Böden und ihre Produkte weisen im Ganzen – nicht nur im Bio-Bereich – eine höhere ökologische Qualität auf. Und dazu soll man auch stehen. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) fordert für die einheimische Landwirtschaft eine Qualitätsstrategie. Die Marke «Schweiz» soll gestärkt und das Vertrauen für Produkte aus der Schweiz weltweit aufgebaut werden. Mit Hinweisen wie «von der Region für die Region» bei der Migros oder mit Aktionen wie die «Schwei-

zer Woche» bei Coop und McDonalds wird bei den Kunden die Verbindung zur regionalen Landwirtschaft gestärkt. Für Produkte mit Swissappeal wie bei Emmi oder Valservasser wird die Schweiz als Herkunftsbezeichnung zum erstrangigen Verkaufsargument. Das ist gut, genügt aber noch nicht, um die Existenz der einheimischen Bauern durch kostendeckende respektive gerechte Preise zu sichern. Solange all diese Werbemassnahmen und Strategieansätze «nur» als «flankierende Massnahmen» gedacht sind, um sich über die WTO den Zugang zu Produkten auf Weltmarktpreisniveau zu erschliessen oder die Zustimmung für die Einführung des Agrarfreihandels mit der EU zu erschleichen, bleibt dies nur ein halbherziges Engagement für den Produktionsstandort Schweiz.

#### Klarheit schaffen

An einem Sonderparteitag in Wauwil drückten über 600 Delegierte und Gäste der SVP ihre Bereitschaft aus, für die Existenz einer einheimischen, produzierenden Landwirtschaft zu kämpfen. Ein hoher Selbstversorgungsgrad an qualitativ hochstehenden Agrarprodukten wird als ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Souveränität hervorgehoben. Die laufenden WTO-Verhandlungen und insbesondere das vom Bundesrat angestrebte Agrarfreihandelsabkommen mit der EU gefährden nicht nur die Existenz zahlreicher Bauernfamilien in der Schweiz, sondern stehen auch im Widerspruch zu den Landesinteressen. Auch der Schweizer Bauernverband (SBV) spricht Klartext und fordert die Sistierung der Verhandlungen über den Agrarfreihandel mit der EU. Verbandspräsident Hansjörg Walter sagte an einer Pressekonferenz zu einem möglichen Agrarfreihandelsabkommen der Schweiz mit der EU: «Derartige politische Kamikaze-Übungen wie das Agrarfreihandelsabkommen sind zurzeit fehl am Platz. Denn die landwirtschaftlichen Einkommen würden sich mit einem solchen Abkommen praktisch halbie-

Selbst in der Partei von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) baut sich ein ernstzunehmender Widerstand gegen weitere Liberalisierungsschritte im Landwirtschaftsbereich auf.

Es wäre an Bundesrat und Parlament gelegen, in der Wintersession der eidgenössischen Räte anlässlich der Sondersession zur Landwirtschaft Klarheit zu schaffen. Bei der Diskussion ging es längst nicht mehr allein um den Erhalt einer einheimischen produzierenden Landwirtschaft, sondern um die Erfüllung des Verfassungsauftrages und damit um die Interessen unseres Landes.

Über entsprechende Rahmenbedingungen wäre zu gewährleisten, dass die Schweizer Landwirtschaft den vom Volk in der Verfassung verankerten Auftrag der nachhaltigen und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage und der Pflege der Kulturlandschaft sowie der dezentralen Besiedelung des Landes erfüllen kann. Doch wieder einmal wurden in Bern die Weichen Richtung Freihandel gestellt.

Statt ernsthaft über Ausstiegsszenarien aus den transnationalen Agrarabkommen und einer effektiven Hilfe für die weniger entwickelten Länder zur Überwindung von Hunger und Armut nachzudenken, wurde das hohe Lied des Freihandels und des ungebrochenen Wirtschaftswachstums zelebriert.

#### Zentrale Bedeutung der Landwirtschaft

Auf Grund der aktuellen Wirtschaftssituation müssen aber alle Staaten die Ausrichtung ihrer Volkswirtschaft neu definieren. Es sind wirtschaftspolitische Massnahmen zu ergreifen, um der staats-, gesellschafts- und sozialpolitischen Verantwortung auf nationaler Ebene gerecht zu werden. Das bedingt allerdings auch, dass sich die Staaten ihre wirtschaftspolitischen Kompetenzen zurückholen. Sie müssen in eigener Kompetenz ihre Grundversorgung, ihre Sozial-, Einkommens-, Beschäftigungs-, Steuer-, Währungs-, und Aussenhandelspolitik gestalten können.

Geht es um die Frage der Existenzsicherung, muss der nationalen Landwirtschaftspolitik eine zentrale Bedeutung eingeräumt werden. Mit Bezug auf den Aufbau der Ernährungssicherheit genügen die bisherigen Antworten nicht mehr. Es sind Schutzmechanismen zu entwickeln und umzusetzen, damit die Interessen der Bevölkerung wahrgenommen werden können. Dabei darf weder der Abbruch der Verhandlungen über ein EU-Agrarfreihandelsabkommen (auf die Schweiz bezogen) noch die Forderung, innerhalb der WTO-Vereinbarungen das Agrardossier auszuliefern (auf alle Staaten bezogen) ein Tabu sein.

Das berechnete Anliegen, die Versorgungssicherheit mit ausreichenden und gesunden Nahrungsmitteln auf nationaler Ebene zu gewährleisten, darf nicht durch irreführende Anspielungen in Misskredit gebracht werden.

Vielmehr gilt: Wer das Wohl der Bevölkerung ernst nimmt, stellt sich der Verantwortung, die natürlichen und betrieblichen Ressourcen zu schützen und derart zu nutzen, dass in jedem Land das berechnete Anliegen erfüllt wird, Ernährungssicherheit und Souveränität zu gewährleisten. Das Recht auf Ernährung aller Menschen – unabhängig in welchen Ländern sie leben – kann nicht weiter dem freien Markt geopfert werden. Daher sind alle Staaten bei ihren Anstrengungen zur Schaffung von Ernährungssicherheit zu stützen. Protektionismus zu Gunsten einer ausreichenden Versorgung der Menschen mit gesunden, natürlichen Lebensmitteln und der Schonung natürlicher Ressourcen ist Pflichtteil zur Erhaltung der Unabhängigkeit jedes Staates und kann nicht weiter verunglimpft werden. Gehen wir vorbehaltlos an die Lösung der Ernährungsfrage, dann erkennen wir sehr schnell, dass die natürlichen Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion keine frei handelbaren Güter sind und dass sie daher auch nicht Gegenstand von transnationalen Freihandelsabkommen sein können.